

RENTENVERSICHERUNG

Fluch für kommende Generationen?

Mit der Veröffentlichung der BIT-Studie geht das Ringen um Verbesserungen im Rentensystem weiter. Der Fokus liegt auf Umverteilung, Finanzierungsalternativen werden nicht diskutiert.

Seitdem die Ergebnisse der BIT-Studie zu Gegenwart und Zukunft des Rentensystems vom Internationalen Arbeitsamt (IAA) vorliegen, hat sich die Debatte um Veränderungen in der privaten Altersversorgung verschärft. Die Einschätzungen der Studie gehen dabei - wie erwartet - weit auseinander. Premier Jean-Claude Juncker gab bereits auf der BIT-Presskonferenz seine Interpretation zum Besten. Obwohl der IAA-Experte Rüdiger Knop dem Rentensystem des Privat-Sektors kurz- und mittelfristig beste Noten ausstellte und seine Finanzierung als "stabil und solide" bewertete, bremste der Premier Erwartungen über eine stärkere Umverteilung schon im Vorfeld der Rententischgespräche ab. Unterstützt sieht sich der sparwütige Staatschef durch die verhaltene Einschätzung der Rentenmathematiker in puncto zukünftige Entwicklung der Altersversorgung.

Die Studie rechnet entlang zweier Szenarien. Im ersten mit einem Wirtschaftswachstum von vier Prozent und ungemindertem Zulauf von Grenzgängern auf den luxemburgischen Arbeitsmarkt

würden die Einnahmeüberschüsse in der Rentenversicherung ausreichen, um die künftigen Rentenansprüche zu begleichen. Im zweiten, pessimistischeren Szenario wären die Reserven ab 2028 aufgezehrt. Der Finanzierungsdruck bei unveränder-



In Zukunft lacht sie wohl noch breiter. Laut BIT-Studie ist Geld zum Verteilen da. (Foto: Christian Mosar)

ten Leistungen wäre auch mit Beitragssatzsteigerungen kaum aufzufangen. Die Studie warnt deshalb vor strukturellen Veränderungen wie der von der gewerkschaftlichen Rentenplattform geforderte sieben-prozentige Erhöhung der Altersbezüge und dem von der LSAP vorgeschlagene 13. Monat.

"Wir sind überzeugt davon, dass unsere Forderungen finanzierbar sind", widerspricht OGBL-Pressesprecher René Pizzaferrì. Eine Modell-Rechnung hätte die Finanzierbarkeit der Anhebung des Rentenanpassungssatzes von 1,78 auf 1,9 Prozent bereits bewiesen. Bei den Rentengesprächen wollen die Gewerkschaften deshalb auf ihren Forderungen nach strukturellen Verbesserungen beharren.

Auch die LSAP sieht Spielraum für Rentenverbesserungen. Auf ihrer Pressekonfe-

renz am vergangenen Donnerstag stellten die Sozialisten richtig, dass - anders als in der BIT-Studie dargestellt - der 13. Monat keineswegs eine unumkehrbare, auf Jahrzehnte angelegte Systemänderung bedeute. Es gehe vielmehr darum, bestehende Rentenüberschüsse in der Rentenkasse gerecht an frühere Beitragszahler umzuverteilen, "solange die finanzielle und wirtschaftliche Lage dies erlauben."

Déi-Gréng-Abgeordneter François Bausch hingegen hält die Debatte um strukturelle Schwachpunkte für vorrangig. "Andernfalls riskieren wir, dass die kommende Generation irgendwann über uns flucht." "Alarmierende Gefahrenpunkte" sieht der Grüne in dem "sehr bedenklichen Abhängigkeitsverhältnis" zwischen Wirtschaftswachstum und Grenzgängern. Um den Bedarf an Arbeitskräften im eigenen Land zu decken, sei es notwendig, die Erwerbstätigkeit von Frauen stärker als bisher zu fördern. Die Frauenerwerbsquote Luxemburgs ist eine der niedrigsten in Europa - nach Portugal und

Griechenland. Bausch warnte zugleich davor, Grenzgängern als Belastung zu sehen. Es gehe vielmehr darum, einseitige Schief lagen aufzuheben.

Déi Lénk, die Gewerkschaften und die Grünen fordern eine Wertschöpfungsabgabe als ergänzende Finanzierung. Sie zwingt kapitalintensive Unternehmen, die menschliche Arbeitskraft vermehrt durch Technologien ersetzen, einen adäquaten Beitrag zur Finanzierung des Sozialstaats zu leisten.

Ines Kurschat

kommentar

Vielen Dank, aber...

Die Idee, lästige Nachtflüge von Luxemburg nach Bitburg auszulagern, mag gut klingen. Doch bei der Umsetzung stellen sich ein paar Probleme.

Vielen Dank, aber... dieses großherzige Nachtflug-Geschenk können wir wirklich nicht annehmen. Da beauftragt der luxemburgische Ministerrat Transportminister Grethen, mögliche Synergien im Frachtverkehr mit dem Bitburger Flugplatz zu prüfen. Da sagt Cargolux-Generaldirektor Wilkens, Bitburg sei ein möglicher Ausweichstandort, falls dort die notwendigen Bedingungen geschaffen würden. Die Bitburger Flugplatzbefürworter reagieren mit Jubel: Endlich der Silberstreif am Horizont, den sie nach harten Rückschlägen sehr nötig haben. Nun, schauen wir uns an, was Bitburg zu bieten hat:

Eine ehemalige Airbase mit militärischen Strukturen. Für zivilen Frachtflug im großen Stil müssten die meisten Infrastrukturen erst geschaffen werden. Die Einstufung der Landesregierung lautet: "Verkehrslandeplatz", demnach wäre der Flugplatz allenfalls für innereuropäische Flüge vorgesehen. Leider aber ohne Genehmigung für Flugbetrieb, denn: Die Genehmigung für Sichtflug bis 14 Tonnen Abfluggewicht mit höchstens sechs Nachtflugbewegungen in jede Richtung wurde im letzten Jahr vom Oberverwaltungsgericht Koblenz gekippt. Zurzeit läuft das Revisionsverfahren. Da ist die Vereinbarung über die Luftverkehrskontrolle mit dem benachbarten US-Militärflugplatz Spangdahlem. Jede einzelne Flugbewegung muss von dort genehmigt werden, wobei die militärischen Belange immer Vorrang haben. Es gibt eine Betreibergesellschaft die mit sieben privaten Gesellschaftern nach sechsjährigen Aktivitäten schon ein Kapital von 271.000 DM zusammengebracht hat. Und es existieren vage Absichtserklärungen über eine eventuell mögliche Beteiligung seitens der umliegenden Landkreise und der Stadt Trier.

Schließlich gibt es den Verein "Bürger gegen Nachtflug e.V.", der sich seit Jahren erfolgreich gegen nächtliche Fliegerei wehrt und zusammen mit zwei Klägern erreicht hat, dass die Fluggenehmigung aufgehoben wurde. Alles in allem: Ist das die Attraktion für Cargolux? Wir jedenfalls bleiben dabei: Kein Nachtflug! Nicht in Bitburg, nicht in Luxemburg, und auch nicht anderswo!

Ludwig Kewes ist Vorsitzender der Bürger gegen Nachtflug e.V.

kommentar

Lueurs d'une conférence?

Malgré le succès de la Conférence Nationale pour Etrangers, comment discuter politique d'intégration en l'absence des responsables politiques?

300 personnes ont participé, samedi passé, à la Conférence Nationale pour Etrangers. Les attentes étaient grandes, puisque cinq ministres avaient annoncé leur présence.

D'où: déception lorsque trois de ces ministres se sont décommandés. Comment discuter politique d'asile, régularisation des sans papiers et scolarisation des enfants étrangers en leur absence?

Les propositions du Ministre de l'Intérieur ont néanmoins constitué une véritable ouverture. S'il parlait en son nom propre, ses propos valent plus que ceux d'un quelconque quidam, surtout lorsqu'il envisage d'élargir le droit de vote communal aux non-communautaires et d'accorder le droit de vote passif après cinq ans de séjour. Que Monsieur Wolter se sente poussé par une motion prise à l'unanimité par la Chambre des Députés ou bien par la nécessité de faire un rapport à la Commission Européenne sur l'effet des dérogations maximales accordées au Grand-Duché; peu importe.

Par ailleurs, l'Assemblée Parlementaire du Conseil de l'Europe est en concordance avec le ministre en invitant, le 26 janvier passé, les Etats à étendre la citoyenneté communale à tous les résidents. L'essentiel consiste dans l'ouverture annoncée.

Reste que d'autres ministres, absents samedi, mais toujours en fonctions, pourraient aussi devenir concrets. Permettons-nous de leur suggérer des gestes respectifs: Au Ministre du Travail d'ouvrir le marché de l'emploi aux demandeurs d'asile. Au Ministre de la Justice d'annoncer le comment et le quand d'une opération de régularisation des sans papiers. A la Ministre de l'Education Nationale d'annoncer son plan d'action structuré, souhaité par les députés à l'issue du débat du 29 novembre 2000, sur l'école d'intégration.

Les participants à la Conférence Nationale auront vite oublié l'absence des ministres, une fois ces annonces faites, une fois leur volonté d'agir affirmée.

Le conseil d'administration de l'ASTI (Association de Soutien aux Travailleurs Immigrés)



Et puis quoi encore?

Il n'était pas vraiment d'accord avec nous, Jean Spautz, président de la chambre des député-e-s, sur la nécessité d'aller plus loin que prévu dans le projet de loi sur les stupéfiants. Au lieu de cela, il a fini par vanter les bienfaits du conservatisme. Ce qui n'a rien changé à l'avis du WOXX et des 1.240 signataires qui ont soutenu notre pétition pour la légalisation du cannabis et une politique des drogues plus humaine.



WOXX - déi aner wochenzeitung / l'autre hebdomadaire, früher: GréngSpoun - wochenzeitung fir eng ekologesch a sozial alternativ - gegründet 1988 - erscheint jeden Freitag • Herausgeberin: GréngSpoun soc. coop. • Redaktion: Robert Garcia, Léa Graf, Richard Graf, Germain Kerschen, Raymond Klein, Ines Kurschat, Muriel Prieur, Bibine Schulze, Armand Turpel, Renée Wagener, Danièle Weber • Karikaturen: Guy W. Stoops • Fotos: Christian Mosar • Verwaltung: Monique Ludovicy • Bürozeiten: Mo - Fr 9 bis 12 und 13 bis 16 Uhr. Unterzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. • Druck: Imprimerie COPE, Luxembourg • Einzelpreis: 60,- LUF / 1,49 Euros • Abonnements: 52 Nummern kosten 2.400,- LUF (Ausland zzgl. 900,- LUF); StudentInnen und Erwerbslose erhalten eine Ermäßigung von 1.000 LUF • Postscheckkonto: CCPL 102654-28 (Neu-Abos bitte mit dem Vermerk 'Neu-Abo'; ansonsten Abo-Nummer angeben, falls zur Hand) • Anzeigen: Espace Régie Luxembourg s.a. - Tel.: 26 25 75 -1 Fax: 26 25 75-75 • Recherchefonds: Spenden zur Unterstützung des weiteren Ausbaus des Projektes auf das Konto CCPL 24495-51 der "Solidarité mam GréngSpoun asbl" sind stets erwünscht. Bitte keine Abo-Gelder auf dieses Konto. • Post-Adresse: WOXX, b.p. 684, L-2016 Luxembourg • Büros: 51, Av. de la Liberté (2. Stock), Luxembourg • E-mail: woxx@woxx.lu • Site: www.woxx.lu • Tel.: (00-352) 29 79 99-0 • Fax: 29 79 79